Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 · Rotebühlstraße 86/1 · 70178 Stuttgart

Herrn Oberbürgermeister Fritz Kuhn Landeshauptstadt Stuttgart 70161 Stuttgart

Stuttgart, 21. Januar 2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Fritz Kuhn,

Die Deutsche Bahn AG hat nach jahrelangen Planungen eine gravierende Änderung der Bauweise für den Nesenbachdüker beim Eisenbahnbundesamt beantragt – nachdem sie für die bisher beabsichtigte Planung keinen Auftragnehmer gefunden hat.

Was auf den ersten Blick nur wie eine bautechnische Umplanung aussieht, hat gravierende Auswirkungen für die BürgerInnen dieser Stadt und insbesondere für die täglich etwa 300 000 NutzerInnen von Bussen und vor allem der Stadtbahnen der SSB.

Statt wie ursprünglich geplant den Düker im Wesentlichen unter laufendem Betrieb unter den Stadtbahntunneln zwischen Staatsgalerie und HBF hindurch zu bauen, soll er jetzt in Offener Bauweise erstellt werden, was nach Angaben der SSB zu einer Totalsperrung dieser wichtigen Stadtbahnachse für über zwei Jahre führen wird.

Die Details über diese Änderung und ihre gravierenden Folgen gelangen nur tröpfchenweise an die Öffentlichkeit. Das EBA hat sich für ein nicht öffentliches Verfahren entschieden und die SSB ist nicht einmal bereit, darüber zu informieren, ob sie eine Stellungnahme zur Planänderung abgegeben hat, geschweige denn eine solche zu veröffentlichen.

Angesichts der dramatischen Folgen dieser Planänderung ist diese Intransparenz völlig inakzeptabel und verstärkt erneut den Eindruck, dass die Bürger hintergangen werden, gravierende Defizite des Projekts einer breiten Öffentlichkeit verheimlicht und hinter ihrem Rücken erneut Fakten geschaffen werden sollen.

Hier geht es im Sinne Ihres Amtseids um das "Wohl der Bürger dieser Stadt", insbesondere insoweit sie auf verlässliche Mobilitätsangebote des städtischen Nahverkehrsunternehmens angewiesen sind.

Wir bitten Sie als Vertreter der Stadt und besonders als Aufsichtsratsvorsitzender der SSB, sich nachdrücklich dem EBA gegenüber für ein öffentliches Erörterungsverfahren bei der PFÄ 1.1.14 einzusetzen, die mutmaßlichen Stellungnahmen von Stadt und SSB der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, über die drohenden Beeinträchtigungen für BürgerInnen und Fahrgäste rechtzeitig und ungefiltert zu informieren und diese "nach besten Kräften" (Amtseid) abzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Eisenhart von Loeper, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21

Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 Rotebühlstraße 86/1 70178 Stuttgart, info@kopfbahnhof-21.de, www.kopfbahnhof-21.de